

Antrag öffentlich	Datum 19.09.2005	Nummer A0177/05
Absender Fraktion Die Linkspartei.PDS		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	29.09.2005	
Kurztitel Die Arbeit der ARGE effektivieren		

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur qualifizierten Umsetzung der vom Stadtrat am 9.9.2004 beschlossenen Drucksache DS 0617/04 eine Analyse über die Tätigkeit und die Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft Magdeburg GmbH durch die Fachhochschule Magdeburg-Stendal vornehmen zu lassen.
2. Die Analyse soll auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen der Hochschule und der Landeshauptstadt erfolgen.
3. Ziel dieser Analyse soll es sein, den aktuellen Stand der Umsetzung der o.g. Drucksache darzustellen und gleichzeitig Empfehlungen für die Steuerung der ARGE, ihre innere Organisation und Aufgabenstellungen abzuleiten.
4. Die Analyse soll detailliert Auskunft und Ergebnisse liefern über
 - Organisationsstruktur und deren Wirksamkeit in der ARGE,
 - derzeitige und zu erwartende Problemlagen wie z. B. beim Zeit-, Finanz- und Personenmanagement in der ARGE,
 - das Zusammenwirken der ARGE mit der Arbeitsagentur und der Landeshauptstadt Magdeburg
 - Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von situationsbezogenen und individuellen Entscheidungen unter Nutzung von Ermessensspielräumen
 - Erfahrungen und Probleme beim differenzierten Eingehen auf Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfänger bzw. Antragstellende durch VermittlerInnen, FallmanagerInnen und LeistungsbearbeiterInnen
5. Ausgehend von den Ergebnissen der Analyse sollten nicht zuletzt Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie in der Landeshauptstadt Magdeburg die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen spürbar verbessert werden kann.

6. Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat in der Sitzung im Dezember 2005 über die Umsetzung dieses Beschlusses.

Begründung:

Hartz IV hat in breitem Maße, - bei den über 20.000 Bedarfsgemeinschaften mit rund 33.800 Personen (nach Informationsstand der ARGE vom August 2005), die unter das SGB II fallen-, einschneidende Wirkungen auf die Systeme der sozialen Sicherung und Daseinsvorsorge. Die soziale Lage einer überwiegenden Zahl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Magdeburg hat sich durch die Inkraftsetzung der Hartz IV-Gesetze spürbar verschlechtert.

Immer mehr Menschen und Familien der Landeshauptstadt Magdeburg geraten in prekäre Lebenslagen.

Menschen, die Hilfe und Unterstützung bei den entsprechenden zuständigen Institutionen, wie z. B. bei der Arbeitsgemeinschaft, dem Jobcenter und der Arbeitsagentur suchen, klagen unter anderem über bürokratischen, unpersönlichen Umgang mit ihren Anliegen. Bei Gesprächen in der ARGE und im Jobcenter fiel den Stadträten der Linkspartei.PDS bei allem hoch zu schätzendem Bemühen der Geschäftsführer der ARGE eine Reihe von Problemen und Unzulänglichkeiten auf, die eine effiziente Vermittlung und Betreuung von Menschen in den Arbeitsprozess behindern bzw. in Frage stellen.

Das resultiert neben aus nicht kommunal zu verantwortenden Prozessen (wie z. B. dem handwerklich unausgegorenen und überstürzt eingeführten Gesetz SGB II oder einer den Anforderungen nicht entsprechenden Software) aber auch aus inneren organisatorischen, strukturellen und personellen Hemmnissen in der ARGE. Es besteht z. B. dringender Klärungsbedarf hinsichtlich der Herangehensweise an die individuelle Betreuung und Vermittlung von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger.

Tatsache ist auch, dass die Zeit der ARGE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter für die Hartz-IV-Betroffenen äußerst knapp bemessen ist.

Aus den Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfängern sollen Handlungsempfehlungen für die ARGE in Magdeburg ggf. für weiterreichende Gesellschaftsempfehlungen abgeleitet werden.

H.-W. Brüning
Fraktionsvorsitzender